

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Erscheint nach Bedarf,
borausichtlich
jeden Montag.

Das Blatt wird den Vorständen der
Zentralvereine, den Vertrauensleuten
der Gewerkschaften und den Redaktionen
der Arbeiterzeitungen gratis zugestellt.

Redaktion und Verlag:
G. Legien,
Zollvereins-Niederlage,
Wilhelmstr. 8, I.

Der Ausstand der Hafendarbeiter und Seeleute in Hamburg-Altona.

Am Sonnabend, den 6. Februar, wurde den Streikenden von den Lohnkommissionen auf's Neue die Frage zur Abstimmung unterbreitet, ob die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen werden solle. Die Veranlassung dazu war der Umstand, daß es nicht möglich war, für die verfloßene Woche die Unterstützung auch nur annähernd in der bisherigen Höhe auszahlen zu können. Die Eisverhältnisse im Hafen waren derart, daß nur in beschränktem Maße gearbeitet werden konnte. Die ungünstigste Zeitperiode für die Hafendarbeiter war eingetreten. Um auf Erfolg rechnen zu können, hätte der Streik noch 4—5 Wochen andauern müssen. Die Unternehmer vermochten bei der gegenwärtigen Geschäftslage den dringendsten Anforderungen zu genügen. Außerdem zeigte sich, daß infolge Einstellung der Binnenschiffahrt Streikbrecher nach Hamburg kamen, welche die wichtigste Arbeiterkategorie: die Cwerführer, zu ersetzen vermochten. Das Zusammentreffen aller dieser Umstände zwang die Lohnkommissionen, auf's Neue über die Beendigung des Streiks eine Entscheidung herbeizuführen. Um dem vorzubeugen, daß, durch die Noth gezwungen, sich unter den Streikenden Streikbrecher finden würden, um nicht eintreten zu lassen, was die Unternehmer erhofften, daß die Streitenden auseinanderlaufen, uneinig würden und der mit Opfermuth und Ausdauer geführte Kampf nicht versumpfe, entschieden sich die Streikenden für bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit. Von den Abstimmenden erklärten sich 66 pZt. für Beendigung des Streiks.

Mit Einigkeit, Ruhe, Opfermuth und Besonnenheit ist der Kampf geführt und geschlossen ist er beendet worden. Der Muth und die Zueversicht der Streikenden ist keineswegs gebrochen. Sie wissen, daß die Zeit kommt, in der die Schwarte wieder ausgeweht werden wird. Trotz der Nothlage der Streikenden zeigen sich Fälle erhebender Solidarität. Die früher gemeinsam gearbeitet, sie wollen ebenso gemeinsam die alten Arbeitsstellen wieder einnehmen, und verschiedene Gruppen verließen wieder die Arbeitsplätze, weil Einzelne ausgeschlossen werden sollten. Den Arbeitswilligen wird das zu Theil, was ihnen gebührt, sie werden, nachdem sie dem Kapital Dienste geleistet, um die eigenen Arbeitsbrüder niederzuwerfen, abgeschoben.

Der Groll, der sich dieser Leute bemächtigte, führte dazu, daß sie mit den Streikenden in Differenzen geriethen. Sie hatten lange genug unter der besonderen Obhut der Hamburger Polizei gestanden und fühlten sich als Herren der Situation. So fand denn zum Schluß die Hamburger Polizeibehörde noch diejenige Arbeit, welche der Streik ihr nicht geboten. Die Polizisten konnten mit blanker Waffe gegen die infolge der Streitigkeiten sich ansammelnden Menschenmassen vorgehen. Frauen, Kinder, Greise, Alles was den Hüttern der Ordnung vor die Klinge kam, wurde niedergelassen. Ein erhebendes Bild für eine Republik und ein würdiger Abschluß bei einem Kampfe, in welchem die Ausstehenden, trotz Drangsalirungen aller Art, während elf Wochen der Behörde keine Veranlassung gegeben, mit Gewalt einzuschreiten. Die Streikbrecher, die man nach Hamburg zog, sie zeigten ihren wahren Charakter, als die besonderen Schutzmaßregeln für sie nicht mehr ausgeführt werden konnten.

Doch diese Streikbrecher sind des Arbeitgeberverbandes würdig. Auch er hat zum Schluß sich noch einmal in voller Größe gezeigt, noch einmal die Verleumdung wiederholt, als wären die Streikenden nur aus frivolem Machtgefühl, nicht aber infolge der ungünstigen Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Ausstand getreten. Am 9. Februar hielt der Arbeitgeberverband eine Sitzung ab und erließ als deren Ergebnis folgende Publikation:

„Der Arbeitgeberverband Hamburg-Altona hat in heutiger Sitzung Verlauf und Ende des Hafendarbeiterstreiks besprochen und noch einmal festgestellt, daß der Streik für den Arbeitgeberverband eine Machfrage und keine Frage über Lohn- und Arbeitsbedingungen gewesen ist. Wie aus dem Entstehen und dem ganzen Verlaufe der Bewegung ersichtlich war — so wurde angeführt — bezweckte dieselbe in erster Linie einen Vorstoß der internationalen Sozialdemokratie gegen das Unternehmertum. Dasselbe sollte durch eine plötzliche Hemmung des Hamburger Hafenerkehrs, von der man eine durchgreifende und empfindliche Störung des von demselben abhängigen deutschen Wirtschaftslebens erwartete, gezwungen werden, der Macht der sozialdemokratischen Masse nach-

war der Beschluß, daß jede Berufsgruppe für sich einen Bund zu gründen hat, und zwar entschied man sich für die zentrale Organisation. Das bisherige Organ „De Stalk- en Steenbewarke“ soll auch ferner als gemeinsames Bundesorgan weiter erscheinen und wurde die Existenz desselben dadurch gesichert, daß sich alle vertretenen Vereine, je nach der Zahl ihrer Mitglieder, durch Unterzeichnung eines Garantieheines verpflichteten, für die Unterhaltung desselben Sorge zu tragen.

Der Kongreß des Niederländischen Zigarren- und Tabakarbeiter-Bundes fand ebenfalls am ersten Weihnachtsfeiertage in Amsterdam statt. Beschied war derselbe durch 37 Delegirte mit 44 Mandaten. Die Einnahme des Bundes betrug fl. 4874,34, welcher eine Ausgabe von fl. 4620,55 gegenübersteht. Der Gesamtkassenbestand inkl. Ueberschuß vom vorigen Jahr beträgt fl. 432,45. Streiks fanden statt in Amsterdam, Haag, Leyden, Utrecht, Deventer, Zwolle, Alsen a. Rh. und Winschoten. Aus-

sperrungen erfolgten in Amsterdam, Zaandam, Coorneer, Schiedam und Tilburg. Insgesamt kosteten diese Aussperrungen und Streiks fl. 62 000. Des Ferneren wurde berichtet, daß im verfloßenen Jahre sieben Filialen eingegangen sind, während elf neue in's Leben gerufen wurden.

Nach allgemeinen Erörterungen über die Lage der Berufsgenossen wurde beschlossen, daß in Zukunft alle Streiks einer Urabstimmung der Mitglieder unterworfen werden. Ferner wurde mit 23 gegen 21 Stimmen beschlossen, im Statut den Passus „Erriugung bürgerlicher und politischer Rechte“ zu streichen. Der Vorstand wurde beauftragt, einen Entwurf zur Errichtung einer Unterstützungskasse für Arbeitslose auszuarbeiten und alsbald den Mitgliedern zu unterbreiten. Bei Besprechung des Krankenunterstützungsfonds wurde beschlossen, daß in Zukunft auch Personen über 50 Jahre alt Mitglied werden können, doch soll die auszuzahlende Versicherungssumme nicht mehr als fl. 5, im Höchstfalle fl. 10 betragen.

Inhaltsverzeichnisse des „Correspondenzblatt“ der Generalkommission.

Am 11. Januar d. J. machten wir Mittheilung, daß die Inhaltsverzeichnisse für das „Correspondenzblatt“ nur in solcher Zahl angefertigt werden, als sich Abnehmer dafür melden. Wir machen hierauf nochmals aufmerksam und ersuchen dringend, die Bestellung unberzüglich zu machen, da spätere Meldungen keine Berücksichtigung finden können. Die Bestellungen erbitten wir per Postkarte unter der Adresse: C. Legien, Hamburg 6.

Da in letzter Zeit wiederholt die Anforderung an uns gestellt wurde, Nummern älterer Jahrgänge nachzuliefern, ersuchen wir diejenigen Leser unseres Blattes, welche noch im Besiz älterer Exemplare sind, falls sie dieselben nicht brauchen, uns zu überlassen, damit wir etwaigen Wünschen um Nachlieferung entsprechen können.

Die Generalkommission.

Mittheilungen.

Vom Zentral-Vorstande des Unterstützungs-Vereins der Kupferschmiede Deutschlands wird beabsichtigt, in kürzester Zeit statistische Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im deutschen Kupferschmiedegewerbe zu veranstalten. Da sich diese Erhebungen auch auf die Orte erstrecken sollen, an welchen die Organisation der Kupferschmiede noch keine Mitgliedschaften besitzt, werden in den nächsten Tagen auch den örtlichen Kartellen Fragebogen in entsprechender Anzahl zugesandt werden. Wir richten nun an die Kartellkommissionen die

dringende Bitte, den Vorstand des Unterstützungsvereins der Kupferschmiede in diesem Vorhaben nach Kräften zu unterstützen. Unter dem Hinweis auf den Werth einer guten Statistik, die zu fördern es Pflicht eines jeden klassenbewußten Arbeiters ist, glauben wir, diese Bitte nicht umsonst ausgesprochen zu haben.

Die Adresse des Verbandes der Werftarbeiter ist: B. Dellrich, Batteriestr. 6, Lehe b. Bremerhaven.

Die Generalkommission.

Situationsbericht.

Seit 17 Wochen befinden sich bereits die Arbeiter und Arbeiterinnen des Emailierwerks Carl Thiel & Söhne in Lübeck im Streik. Auch hier handelt es sich darum, sollen sich die Arbeiter dem koalirten Unternehmertum unterwerfen oder sollen sie ihr Selbstbestimmungsrecht, ihre Menschenrechte wahren und vertheidigen? Ungeheure Opfer hat auch dieser Kampf schon gefordert. Unternehmer, Behörden und Justiz arbeiten mit wunderbarer Einmüthigkeit, um die Streikenden zur Unterwerfung zu zwingen. Und obgleich bereits auf 21 Jahre 5 Monate und 20 Tage Gefängniß, Haft und Untersuchungshaft gegen die an diesem Kampfe direkt oder indirekt Betheiligten er-

kannt worden ist, war doch Nichts im Stande, die Kämpfenden in ihrem Entschluß, auszuhalten bis zum Aeußersten, auch nur einen Augenblick wankelmüthig zu machen. Gleich den Hamburger Genossen, werden sie für ihr gutes Recht kämpfen, in dem Bewußtsein, daß ihnen die Sympathie und die Unterstützung aller rechtlich denkenden Arbeiter hülfreich zur Seite stehen werden. Im Streik befinden sich noch 283 Personen, darunter 80 Frauen und Mädchen. Verheirathet sind 151, welche 355 Kinder zu ernähren haben.

Geldsendungen sind zu richten an Ernst Wendtfeldt, Lübeck, Lederstr. 3.

zugeben und deren Forderungen zu bewilligen. Hätten die Hamburger Arbeitgeber hier irgend welche Schwäche gezeigt und dadurch den sozialdemokratischen Angreifern zu einem Siege verholfen, so wäre dies nicht nur für Hamburgs Handel und Schifffahrt, sondern für das ganze deutsche Erwerbsleben von den verhängnißvollsten Folgen begleitet gewesen. Hier galt es also, festzusetzen und geschlossen die bürgerliche Ordnung, auf der das Wohl und Wehe all' unserer Mitbürger beruht, zu vertheidigen, trotz aller Mißdeutungen, welche die Standhaftigkeit des Verbandes auch in nichtsozialdemokratischen Kreisen der Bevölkerung hier und da erfahren hat. Die Autorität der Arbeitgeber, ohne welche die Ausführung übernommener Arbeiten unmöglich ist, mußte gewahrt und den Arbeitswilligen, welche nur gezwungenermaßen der Sozialdemokratie folgten, die Zuversicht gegeben werden, daß ihre Arbeitgeber im Stande sind, sie vor dem Terrorismus der Sozialdemokratie zu schützen. Auch den Gewerbetreibenden und Geschäftsleuten, welche durch Androhung des Boykotts sich in schmälicher Weise von der Sozialdemokratie brandschrecken lassen, mußte bewiesen werden, daß die Macht nicht in den Händen der Sozialdemokratie liegt, und daß es auch ihrerseits nur des festen Zusammenstehens bedarf, um sich der Tributpflicht an die Sozialdemokratie zu erwehren. Das scheinbar schroffe Verhalten des Verbandes ist für die Arbeitswilligen eine Wohlthat und ein Halt gewesen. Das durch die Bekanntmachung vom 9. Dezember befundete energische Auftreten der Kaiserverwaltung hat derzeit die Aufnahme der Arbeit beschleunigt und Festigkeit im Kampfe schießt Versöhnlichkeit nicht aus. Durch den Vorschlag eines Schiedsgerichts wurde der Verband in eine ungünstige Lage gedrängt; er fühlte sich verpflichtet, für seine angegriffenen Mitglieder den Tadel, welchen die Ablehnung eines Schiedsgerichts hervorzurufen pflegt, auf sich zu nehmen. Alle Gerüchte, daß die Wünsche der im Streik befindlichen Mitglieder nicht volle Berücksichtigung gefunden haben, werden dadurch widerlegt, daß sämtliche Beschlüsse einstimmig oder mit überwältigender Majorität und stets im Sinne der direkt Theiligten gefaßt worden sind. Die Nothwendigkeit, das Schiedsgericht abzulehnen und auch alle weiteren Einmischungen unberufener Friedensstifter zurückzuweisen, ergab sich für den Verband aus den Erfahrungen früherer Streiks. Hätte es sich um Lohnforderungen gehandelt, so würden die Arbeiter, wie bei früheren Gelegenheiten, durch maßvolle Forderungen ihr Ziel ohne Streik zu erreichen versucht haben. Aus der Ablehnung der von den Stauern angebotenen Zulage erlah der Verband, daß es sich um den Austrag einer Nachfrage handelte. Bei einem derartigen Kampfe sind alle Verhandlungen während des Streiks aussichtslos, weil sie nur den Streik verlängern und nicht zum Frieden führen, denn jedes Zugeständniß der Arbeitgeber wird als Schwäche aufgefaßt und steigert die Begehrlichkeit der Streikenden. Es ist unrichtig, wenn behauptet wird, daß der Arbeitgeberverband Verhandlungen mit den Arbeitern abgeneigt ist; schon 1890 hat derselbe eine Petition bei dem Reichstage eingereicht und um eine gesetzliche Vertretung der Arbeiter nachgesucht, in der Hoffnung, daß die

regelmäßige Arbeiterschaft und nicht die sozialdemokratischen berufsmäßigen Führer an den Verhandlungen mit den Arbeitgebern theilnehmen würden. Auch besteht im Arbeitgeberverband durchaus keine prinzipielle Abneigung gegen Einigungsämter in den verschiedenen Arbeitszweigen; nur hält er die Zuziehung Unbetheiligter im Allgemeinen für schädlich. Der Verband wird es als seine Aufgabe betrachten, die Arbeitsbedingungen der Hafenarbeiter eingehend zu prüfen und die Abstellung etwa sich ergebender Mißstände nach Möglichkeit zu fördern, wozu die nöthigen Vorarbeiten bereits vor einigen Wochen in die Wege geleitet worden sind. Im Uebrigen hat der Arbeitgeberverband durch seinen Antrag auf Ernennung eines Hafeninspektors den Weg vorgeschlagen, durch welchen Mißstände beseitigt werden können, die durch den Willen des einzelnen Arbeitgebers allein nicht aus dem Wege zu schaffen sind. Schließlich ist der Verband nach wie vor bereit, an einer Enquete des Senats über die Arbeitsverhältnisse im Hafen theilzunehmen, und er hat einem hohen Senat hierdon Mitteilung gemacht."

Da der Arbeitgeberverband nur darauf rechnen kann, bei Leuten, denen Nachdenken ein Greuel ist, oder bei solchen, welche von Haß gegen die selbstständig auftretenden Arbeiter so erfüllt sind, daß sie zu allen Mitteln greifen, die Arbeiter zu unterdrücken, mit seinen wunderbaren Gedanken Anflug zu finden, so erscheint es überflüssig, zu dieser Kundgebung Bemerkungen zu machen. Nur auf Eines sei hingewiesen. Im Arbeitgeberverband sitzen Zigarrenmacher, Gärtner und Innungsstrauer und entscheiden über Angelegenheiten der Hafenarbeiter, für die Arbeiter aber hält er bei Schiedsgerichten „die Zuziehung Unbetheiligter im Allgemeinen für schädlich“. Diese Stellungnahme charakterisirt die Denkweise dieser Arbeitgeber so vorzüglich, daß es schwer wäre, anders den Beweis dafür zu bringen, daß sie einfach über die Arbeiter bestimmen und diesen nicht die natürlichsten Selbstbestimmungsrechte lassen wollen.

Wenn der Streik auch nicht jene Erfolge gezeitigt, die erhofft, so ist doch die Einsetzung des Hafeninspektors eine kleine Errungenschaft, die schon lange von den Arbeitern erstrebt worden. Der Senat wird wohl willfährig dem Wunsche der Unternehmer folgen, den Hafeninspektor einzusetzen und auch die Enquete über die Arbeitsverhältnisse im Hafen veranstalten. Von der Letzteren wird nicht viel zu erwarten sein. Mit großen Hoffnungen auf die Gutmüthigkeit der Unternehmer tragen sich die Hafenarbeiter nicht, sondern denken daran, durch eigene Kraft Das zu erringen, was sie erstrebt. Nach dem ganzen Ausgang dieses Kampfes ist ein später folgender unvermeidlich. Nicht wenige Unternehmer geben sich alle Mühe, die zur Arbeit Zurückgeführten mit dem Gedanken, baldigst einen neuen Kampf zu beginnen, zu erfüllen. Wenn einige Arbeitgeber die Verbandsmitgliedsbücher von den Arbeitern fordern, um sie zu zerreißen, so ist das kindisch und ohne große Bedeutung. Wenn aber andere Unternehmer ihren Arbeitern jetzt einen geringeren Lohn bieten als sie früher hatten, so muß eine Erbitterung die Arbeiter erfassen, die unvermeidlich zu einem neuen Konflikt führt.

Bei anderen Unternehmern sollen nicht alle früheren Arbeiter wieder eingestellt werden. Der Staat als Arbeitgeber geht hier den Privatunternehmern mit wunderbar gutem Beispiel voran. Noch hat keiner der Staatskaiarbeiter in seine alte Stelle treten können. Das Vertrauen, welches die Arbeiter den Unternehmern entgegenbringen sollten, hat somit das gebracht, was die Streikenden erwarteten. Alle diese Vorkommnisse, ferner auch der Versuch, durch die speziell Hamburgische Methode der Arbeitsvermittlung eine Kontrolle über die Hafnarbeiter zu schaffen, werden zu einem später folgenden neuen Kampfe führen. Dieser dürfte ausbrechen, ehe das Unternehmertum den Verlust von 40—60 Millionen Mark, den es durch den Streik erlitten, wieder aus den Knochen der Arbeiter herausgeschlagen hat und dann wohl etwas wirksamer sein, als der eben beendete Kampf.

Gegentwärtig aber bedürfen noch Tausende der Unterstützung der deutschen Arbeiter. Besonders die Staatskaiarbeiter, die als bestorganisierte Gruppe der Hafnar-

arbeiter aus Solidarität mit ihren Arbeitsgenossen in den Streik traten, dürfen nicht ohne Hilfe bleiben. Es ergeht deshalb die dringende Bitte an die deutsche Arbeiterschaft, mit der Beendigung des Streiks nicht auch die Beiträge zur Unterstützung einzustellen. Voraussichtlich wird diese nicht lange erforderlich sein. Eine Besserung der Witterungsverhältnisse wird den Opfern des Kampfes in kürzester Frist wieder Arbeitsgelegenheit geben. Darum möge diese glänzend bewiesene Solidarität der deutschen Arbeiterschaft sich auch für die nächste Zeit noch bewähren.

Adresse ist: **C. Schippmann, Schaarthor 7, 1. Stage, Hamburg.**

Eine Schilderung des Verlaufes des Streiks, unter vorausgehender Darstellung der Verkehrsverhältnisse im Hamburger Hafen und der Arbeitsmethoden und Lohnverhältnisse der einzelnen Kategorien der Hafnarbeiter, wird in einer in za. 14 Tagen erscheinenden, von der Generalkommission herausgegebenen Broschüre erfolgen.

Aus der Bewegung der Eisenbahner.

Kaum ist die Gründung des Verbandes der Eisenbahner erfolgt, so kommt auch die Verwaltung der preussischen Staatsbahn und sucht die Ausübung des Vereinigungsrechtes den Arbeitern unmöglich zu machen. Der Staat als angeblicher Hüter des Gesetzes geht mit einer Gesetzesverletzung den Unternehmern mit gutem Beispiel voran. Durch Drohungen suchen die vorgefetzten Behörden die Eisenbahner von dem Beitritt zum Verbands fernzuhalten.

Die Eisenbahndirektion Altona hat eine Verfügung erlassen, die den Arbeitern verlesen worden ist, nach welcher Dem mit Entlassung gedroht wird, der sich dem Verbands der Eisenbahner anschließt. Ferner wurde den Arbeitern bedeutet, daß es eines Beamten nicht würdig sei, sich an Bestrebungen zu beteiligen, wie der Verband sie verfolgt. Diese Beamten durch lange Arbeitszeit bei fargen Löhnen auszubeuten, das scheint des Staates und der Beamten würdig, sich gegen diese Ausbeutung durch Organisation zu schützen, ist unwürdig. Die Staatsbetriebe als „Musteranstalten“ haben sich wunderbar entwickelt. Aus **C h e r s w a l d e** wird berichtet, daß ein Arbeiter der Eisenbahn-Hauptwerkstätte

eine Versammlung eröffnet habe. Am anderen Morgen wurde er zum Vorsteher gerufen und ihm gesagt, daß die Versammlung zwar ordnungsgemäß verlaufen sei, daß ihm aber trotzdem das Arbeitsverhältnis auf Grund der Betriebsordnung gekündigt werden müsse. Die betreffende Bestimmung der Betriebsordnung lautet: „Es ist den Arbeitern verboten, sich an ordnungsfeindlichen Vereinen und Bestrebungen zu beteiligen“.

Also unwürdig und ordnungsfeindlich sind die Bestrebungen der Arbeiter zur Erringung einer menschenwürdigen Existenz. Sind Beamte oder Arbeiter der Eisenbahn hierüber anderer Meinung, so weist die Staatsverwaltung sie von der Arbeitsstelle und giebt sie dem Hunger und der Noth preis. Aber an der Spitze der Kultur marschirt dieser Staat doch. Von dauerndem Erfolg aber dürfte dies Vorgehen der Eisenbahnverwaltungen nicht sein. Ist die Nothwendigkeit der Organisation von den Eisenbahnern einmal erkannt, dann werden sie sich organisiren. Die Betriebsverwaltungen werden nichts Anderes erzielen, als die Arbeiter zu Heuchlern zu erziehen und eines Tages die Früchte dieser Kulturarbeit ernten.

Für die Bibliotheken der Gewerkschaften.

Das „Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik“, herausgegeben von Dr. Heinrich Braun, zu beziehen durch Carl Heymann's Verlag in Berlin W 8, dürfte schon heute wegen seines Inhalts in einigen Gewerkschaftsbibliotheken vorhanden sein. Es erschien bisher in Vierteljahresheften und wird von jetzt ab in Monatsheften von etwa 7 Bogen Stärke erscheinen. Die Aenderung ist erfolgt, um einerseits den Umfang des Werkes zu vergrößern, andererseits, um die Besprechung

wichtiger Gesetzesvorlagen und die Schilderung sozialer Zustände in kürzeren Fristen zu bringen. Die letzten beiden Vierteljahreshefte enthielten u. A. folgende Aufsätze: „Die geplante Reform der deutschen Arbeiterversicherung“, „Die Lage der deutschen Handlungsgehülften und ihre gesetzliche Reform“, „Das Sweating-System in England“, „Der Normalarbeitstag und die englischen Gewerkschaften“, „Das Gesetz vom 15. Juni 1896 über die Arbeitsordnungen in Belgien“, „Gesetz